

Angelina Keil

# Wirtschaftschronik

## II. Quartal 2004

Abgeschlossen am 30. Juni 2004. • E-Mail Adresse: [Angelina.Keil@wifo.ac.at](mailto:Angelina.Keil@wifo.ac.at)

Die Europäische Union wird um 10 Länder erweitert. Mit der Aufnahme weiterer Mitgliedsländer kann ab 2007 gerechnet werden. Nach der Einigung des Europäischen Rates auf die Verfassung folgt die Ratifizierung durch die einzelnen Länder. Als Nachfolger von Romano Prodi wird José Manuel Durão Barroso zum neuen Präsidenten der Europäischen Kommission gewählt.

**1. April:** In Berlin findet die Afghanistan-Konferenz statt. Unter dem Vorsitz Deutschlands, Japans, Afghanistans und der UNO und unter Beteiligung der Außenminister der USA und Großbritanniens werden in der "Berliner Erklärung" ([http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/friedenspolitik/afghanistan/konferenz\\_040331\\_erklaerung.html](http://www.auswaertiges-amt.de/www/de/aussepolitik/friedenspolitik/afghanistan/konferenz_040331_erklaerung.html)) Finanzhilfen für Afghanistan von 8,2 Mrd. \$ zugesagt.

**20. April:** Axel Weber wird nach dem Rücktritt von Ernst Welteke neuer Präsident der Deutschen Bundesbank.

**24. April:** Die Wiedervereinigung Zyperns nach dem Friedensplan von UNO-Generalsekretär Kofi Annan wird in einer Volksabstimmung abgelehnt. Dabei stimmen 76% der Griechen, aber nur 35% der Türken gegen die Wiedervereinigung. Somit tritt am 1. Mai 2004 nur der griechische Teil des Inselstaates der EU bei.

**1. Mai:** Die Europäische Union zählt nach ihrer Erweiterung 25 Mitglieder: Belgien, Dänemark, Deutschland, Estland, Griechenland, Finnland, Frankreich, Irland, Italien, Lettland, Litauen, Luxemburg, Malta, Niederlande, Österreich, Polen, Portugal, Schweden, Slowakei, Slowenien, Spanien, Tschechien, Ungarn, Großbritannien, Zypern.

Als neue Kommissare gehören der Europäischen Kommission an: Siim Kallas (Estland), Marcos Kyprianou (Zypern), Sandra Kalniete (Lettland), Dalia Grybauskaitė (Litauen), Péter Balázs (Ungarn), Joe Borg (Malta), Danuta Hübner (Polen), Janez Potočnik (Slowenien), Jan Figel (Slowakei), Joaquín Almunia Amann als Nachfolger von Pedro Solbes, Jacques Barrot als Nachfolger von Michel Barnier und Stavros Dimas als Nachfolger von Anna Diamantopoulou. Diese Ernennungen gelten bis zum 31. Oktober 2004.

**5. Mai:** Rodrigo Rato wird für fünf Jahre zum neuen geschäftsführenden Direktor des Internationalen Währungsfonds ernannt.

**30. Mai:** Acht Ökonomen (Jagdish Bhagwati, Robert Fogel, Bruno Frey, Justin Yifu Lin, Douglass North, Thomas Schelling, Vernon L. Smith und Nancy Stokey) stellen im Rahmen des Kopenhagen-Konsensus (<http://www.copenhagenconsensus.com/>) eine Prioritätenliste der Entwicklungshilfe auf. Demnach soll ein fiktiver zusätzlicher Betrag von 50. Mrd. \$ auf entwicklungspolitische Ziele verteilt werden. Die erarbeitete Liste soll als politische Entscheidungshilfe dienen:

1. Seuchen: Bekämpfung von HIV,
2. Hunger: Bereitstellung von Nahrungszusätzen gegen Mangelernährung,
3. Protektionismus: Handelsliberalisierung,

### Ausland

Afghanistan-Konferenz:  
Berliner Erklärung

Deutsche Bundesbank

Zypern

EU-Erweiterung

Internationaler  
Währungsfonds

Kopenhagen-Konsensus

4. Seuchen: Bekämpfung von Malaria,
5. Hunger: Entwicklung neuer Agrartechnologien,
6. Hygiene und Wasser: Bereitstellung von Wassertechnologien für Kleinbauern,
7. Hygiene und Wasser: Verbesserung der lokalen Abwasserentsorgung und Wasserversorgung,
8. Hygiene und Wasser: Forschung über den Wasserverbrauch in der Landwirtschaft,
9. Governance: Senkung der Kosten von Unternehmensgründungen,
10. Migration: Erleichterung der Migration für qualifizierte Arbeitskräfte,
11. Hunger: Verbesserung der Ernährung von Kindern,
12. Hunger: Verhinderung von geringem Geburtsgewicht,
13. Seuchen: Verbesserung der grundlegenden Gesundheitsdienstleistungen,
14. Migration: Gastarbeiterprogramme für Ungelernte,
15. Klima: Optimierung der CO<sub>2</sub>-Steuer in den Industrieländern,
16. Klima: Umsetzung der Ziele des Kyoto-Protokolls,
17. Klima: Gestaltung der CO<sub>2</sub>-Steuern in den Industrieländern nach dem Prinzip des "value at risk".

OPEC: Erdölfördermengen

**3. Juni:** Die OPEC (ohne Irak) beschließt eine Erhöhung der Erdölfördermengen ihrer Mitgliedstaaten. Anfang Juli wird die Produktion um 2 Mio. Barrel und im August weiter um 500.000 Barrel auf 26. Mio. Barrel pro Tag gesteigert.

G-8-Treffen

**8.-10. Juni:** Anlässlich des Treffens der Staats- und Regierungschefs der G 8 (USA, Deutschland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Kanada und Russland) setzen sich vor allem die USA dafür ein, dem Irak 90% bis 95% des auf 120 Mrd. \$ geschätzten Schuldenstandes zu erlassen. Frankreich, Deutschland und Russland erachten eine Quote von 60% bis 65% der Schulden für angemessen. Gemeinsam bestätigen die G-8-Länder ihre Absicht, Afrika im Kampf gegen Aids und Kinderlähmung finanziell zu unterstützen. Die diskutierte Fortsetzung des HIPC-Programms, das Ende 2004 auslaufen wird, soll den Schuldenerlass für arme hochverschuldete Nationen weiter sichern.

"Europäische Verfassung"

**17.-18. Juni:** Die 25 Regierungschefs der EU einigen sich auf eine "Europäische Verfassung". In Abänderung der Vorschläge des Konvents<sup>1)</sup> werden folgende institutionelle Neuerungen festgelegt:

- Europäische Kommission: Die erste Kommission, die nach Inkrafttreten der Verfassung berufen wird, setzt sich aus je einem Kommissionsmitglied pro Land zusammen. Ab 2014 wird die Zahl der Kommissionsmitglieder einschließlich ihres Präsidenten und des EU-Außenministers nur zwei Drittel der Zahl der Mitgliedstaaten entsprechen. Die politischen, sozialen und wirtschaftlichen Realitäten aller Mitgliedstaaten müssen jedoch immer berücksichtigt werden. Der Europäische Rat kann die Zusammensetzung der Kommission ändern.
- Europäisches Parlament: Die Zahl der Abgeordneten wird von derzeit 732 auf höchstens 750 angehoben; ein Land hat jeweils mindestens 6 und höchstens 96 Sitze. Im Vergleich mit der gegenwärtigen Verteilung der Sitze ergibt sich daraus eine geringfügige Besserstellung der kleineren Länder.
- Qualifizierte Mehrheit im Rat: Eine qualifizierte Mehrheit erfordert 55% der Mitgliedstaaten – mindestens 15 Mitglieder des Rates – und zugleich 65% der Bevölkerung. Sie wird jedoch auch erreicht, wenn die Nein-Stimmen aus weniger als 4 Mitgliedstaaten stammen. Stimmenthaltungen werden nicht berücksichtigt. In jenen Bereichen, in denen der Rat nicht über Vorschlag der Kommission abstimmt, sondern auf Initiative von Mitgliedstaaten, des Rates oder auf Empfeh-

<sup>1)</sup> Keil, A., "Wirtschaftschronik. II. Quartal 2003", WIFO-Monatsberichte, 2003, 67(7), S. 497, [http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo\\_search.get\\_abstract\\_type?p\\_language=1&pubid=24413](http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=24413).

lung der EZB (Justiz und Inneres, GASP, Wirtschafts- und Währungspolitik, Aussetzung der Rechte bzw. Austritt eines Mitgliedstaates, verschiedene Ernennungen), bilden 72% der Mitglieder des Rates, die 65% der Bevölkerung repräsentieren, die erforderliche Mehrheit.

Der Rat bestätigt den Verlauf der aktuellen Erweiterung der Union. So sollen die Beitrittsverhandlungen mit Kroatien 2005 beginnen, ein Beitritt soll 2007 möglich sein. Die Verhandlungen mit Bulgarien wurden am 15. Juni abgeschlossen, jene mit Rumänien sollen im Juli beendet werden. Anlässlich der Ratstagung im Dezember 2004 könnte beschlossen werden, die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei 2005 aufzunehmen, falls der Fortschrittsbericht der Kommission im Oktober 2004 eine positive Entscheidung des Rates erlaubt.

**18. Juni:** Der französische Wirtschafts- und Finanzminister unterzeichnet mit französischen Handelskonzernen, Konsumgüterherstellern und Verbänden ein Abkommen, das ab September die Preise um 2% senken soll. Diese Maßnahme soll die Konjunktur beleben.

Alan Greenspan wird für weitere vier Jahre vom Senat der USA als Vorsitzender des Federal Reserve Board bestätigt.

**24. Juni:** Die deutsche IG Metall und Siemens einigen sich auf einen Ergänzungstarifvertrag mit einer Laufzeit von zwei Jahren, der u. a. die Ausdehnung der Wochenarbeitszeit auf 40 Stunden ohne Lohnausgleich und den Ersatz von Urlaubs- und Weihnachtsgeld durch eine erfolgsabhängige Jahreszahlung vorsieht.

**28. Juni:** Estland, Litauen und Slowenien treten dem Europäischen Wechselkursmechanismus II (WKM II) bei. Die Leitzinsen der drei Länder und Dänemarks sind mit einer Schwankungsbreite von  $\pm 15\%$  an den Euro gebunden. Eine Teilnahme über mindestens zwei Jahre ist eine der vier Voraussetzungen für die Übernahme der gemeinsamen Währung. Weitere Kriterien sind Preisstabilität, Konsolidierung der öffentlichen Finanzen und Konvergenz der Zinssätze. Mit einem Eintritt der Länder in die Währungsunion ist nicht vor 2007 zu rechnen.

**29. Juni:** Die Staats- und Regierungschefs der EU-Länder einigen sich auf José Manuel Durao Barroso als neuen Präsidenten der Europäischen Kommission. Seine fünfjährige Amtszeit beginnt am 1. November. Javier Solana wird für weitere fünf Jahre als Hoher Repräsentant der EU für die gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik bestätigt. Mit dem Inkrafttreten der neuen Europäischen Verfassung wird er der erste EU-Außenminister sein. Pierre de Boissieu wird als stellvertretender Generalsekretär des Rates bestätigt; er wird nach der Verfassung das Amt des Generalsekretärs einnehmen.

**30. Juni:** Die Notenbank der USA erhöht die Leitzinsen um 25 Basispunkte. Die Federal Funds Rate beträgt nun 1,25% und die Discount Rate 2,25%.

Frankreich: Preisabkommen

Fed: Alan Greenspan

Deutschland: Tarifvertrag

WKM II

Europäische Kommission:  
Barroso Präsident

FED: Zinssatzerhöhung

Mit der Elternzeit will der Gesetzgeber einen weiteren Beitrag zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie leisten. Gleichzeitig wird ein positiver Impuls für die Frauenbeschäftigung und für eine partnerschaftliche Beteiligung der Väter an der Betreuung der Kinder erwartet.

**25. April:** Dr. Heinz Fischer wird mit 52% der Stimmen zum Bundespräsidenten gewählt. Die Wahlbeteiligung liegt bei fast 72%.

**26. Mai:** Der Nationalrat beschließt das Recht auf "Elternzeit" (BGBl I Nr. 64/2004, [http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=pdf&docid=COO\\_2026\\_100\\_2\\_41299](http://ris1.bka.gv.at/authentic/findbgbl.aspx?name=entwurf&format=pdf&docid=COO_2026_100_2_41299)). Eltern von Kindern, die nach dem 1. Mai 2004 geboren wurden, bzw. Eltern, deren Kinder vor diesem Datum geboren wurden und die sich in Karenz befinden, haben bis zum siebenten Geburtstag des Kindes Anspruch auf Teilzeitarbeit. Voraussetzung ist, dass der Arbeitgeberbetrieb mehr als 20 Beschäftigte hat und das Arbeitsverhältnis zum Zeitpunkt des Antritts der Teilzeitbeschäftigung ununterbrochen seit mindestens drei Jahren besteht. Die Mindestdauer der Teilzeitbeschäftigung beträgt drei Monate und muss mindestens drei Monate vor dem gewünschten Antritt gemeldet werden. Bis zum vierten Geburtstag des Kindes gilt ein

## Österreich

Wahl des Bundespräsidenten

Elternzeit

Wahl zum Europäischen  
Parlament

besonderer Kündigungs- und Entlassungsschutz, danach ein "Motivkündigungsschutz". Nach Inanspruchnahme der Teilzeit besteht Anspruch auf die Rückkehr in die Vollzeitarbeit. In Betrieben mit weniger als 21 Mitarbeitern und/oder wenn das Beschäftigungsverhältnis kürzer als drei Jahre dauerte, kann eine Teilzeitbeschäftigung längstens bis zum vierten Geburtstag des Kindes vereinbart werden.

**13. Juni:** In der Wahl zum Europäischen Parlament erreicht die SPÖ mit 33,3% der gültigen Stimmen 7 Mandate, die ÖVP mit 32,7% 6 Mandate, die FPÖ mit 6,3% 1 Mandat, die Grünen mit 12,9% 2 Mandate; die Linken erhalten mit 0,8% kein Mandat und die Liste Dr. Hans-Peter Martin mit 13,9% 2 Mandate.